
A. Brost, [REDACTED]

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, den 28.4.2023

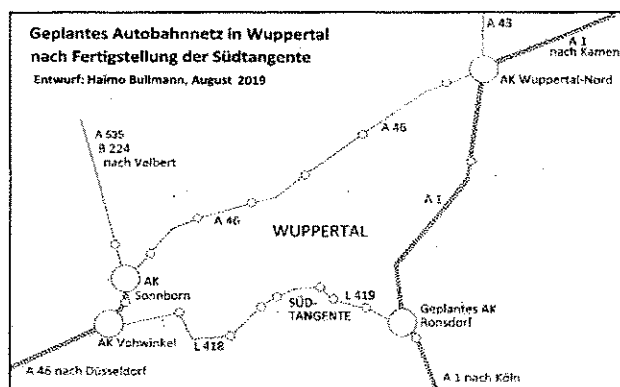
Antrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zum Ausbau der L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW beantrage ich hiermit, dass der Rat der Stadt Wuppertal den bestehenden Ratsbeschluss zum Ausbau der L 419 aufhebt und beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung Düsseldorf einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens erwirkt.

Die Antragstellung ergibt sich u.a. aus folgenden Gründen:

Nach der in nichtöffentlicher Sitzung im Oktober 2021 erfolgten Erörterung des Planetenwurfs vom Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW) zum Ausbau des sog. 1. Bauabschnitts der L 419 in Höhe von Ronsdorf ist in Kürze mit dem Planfeststellungsbeschluss durch die Bezirksregierung in Düsseldorf zu rechnen. Nach dessen Fertigstellung beabsichtigt der Bund zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt, Straßen.NRW mit der Planung des sog. 2. Bauabschnitts zu beauftragen, um die dann durchgängig vierspurig vom Sonnenborner Kreuz bis Ronsdorf neu geschaffene autobahnähnliche Trasse über ein noch zu bauendes Autobahnkreuz an die A 1 anzuschließen. Nach Fertigstellung des Bauvorhabens ist die Hochstufung des gesamten Streckenverlaufs vom Sonnenborner Kreuz über die L 418 bis zur Anschlussstelle Ronsdorf in eine Bundesfernstraße mit dem unzweideutigen Zweck geplant, parallel zur längs durch das Stadtgebiet verlaufenden A 46 zwei Autobahnen von kontinentaler Bedeutung durch eine weitere Autobahn längs durch das Stadtgebiet zu verbinden. Nachfolgende Skizze dient der Veranschaulichung des Dargelegten:



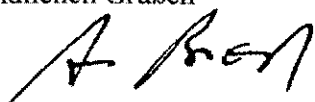
Wie bereits angeführt, fand der Erörterungstermin weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die dennoch von Bürgerseite und Einrichtungen der Zivilgesellschaft eingegangenen über 300 Einwendungen wurden im Vorfeld von der Bezirksregierung synoptisch erfasst und bis auf marginale Änderungen am bestehenden Planentwurf als gegenstandslos abgetan. Ausdrücklich nicht zugelassen wurde die Erörterung des Gesamtprojektes, obwohl der zur Erörterung stehende Bauabschnitt nur im Zusammenhang mit der A 46, deren gegenwärtige Ertüchtigung sowie der "Südtangente" vom Sonnborner Kreuz bis zur A 1 gesehen und in seinen Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Klima erfasst und beurteilt werden kann. Es ist u.a. aus diesem Grund durchaus nicht übertrieben, den voluminös und mit großem Aufwand betriebenen Erläuterungstermin als eine lediglich inszenierte Beteiligung zu verstehen, um den formalen gesetzlichen Vorgaben zu genügen.

Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Stadtentwicklung, die Umwelt und das Klima hat das Gesamtbauprojekt, das blind gegenüber den Notwendigkeiten der heutigen Zeit die automobilen Zukunftsideale einer seit mehr als 40 Jahren vergangenen Zeitepoche krönt, sehr negative Folgen. Das Verkehrsaufkommen wird sich insbesondere beim überregionalen Schwerlastverkehr rasant erhöhen, die durch den Verkehr verursachten Lärm- und Schadstoffemissionen werden steigen, große Flächen werden der Versiegelung zum Opfer fallen, ein zusammenhängender Wald mit einem überwiegend einhundertjährigen Baumbestand gefällt werden müssen, das Hochwasserrisiko für Ronsdorf wird steigen, um an dieser Stelle nur einige der zu erwartenden Schäden zu benennen, sollte das ungenügend geplante Projekt in dem noch verbleibenden engen Zeitkorridor nicht noch zum Stoppen gebracht werden.

Nach jahrelangen Bemühungen der Zivilgesellschaft, die Folgen dieses Bauvorhabens in das öffentliche Bewusstsein zu heben und die politischen Repräsentationsorgane auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene zu sensibilisieren, haben sich aktuell u.a. die Bezirksvertretung Ronsdorf sowie die SPD-Ortsgruppe Ronsdorf gegen das Bauprojekt positioniert und den Rat ersucht, seine vor Jahren per Mehrheitsbeschluss gegebene Zustimmung zu revidieren und beim Bund und beim Land entsprechend vorstellig zu werden. Es ist höchste Zeit, das Land und den Bund aufzufordern, die beiden geplanten Bauvorhaben als das anzuerkennen, was sie de facto sind: zwei in einer Serie von Teilbauprojekten abschließende Maßnahmen, um als Tribut an den überregionalen Fernverkehr eine weitere, das Stadtgebiet in seiner vollen Länge von Sonnborn bis Ronsdorf durchquerende Fernstraßenverbindung auf Autobahnniveau zu schaffen. Dabei wurde noch nicht einmal erwogen, den Gesamtverlauf dieser Trasse vom Sonnborner Kreuz bis zum Anschluss Ronsdorf nach den Richtlinien für Bundesfernstraßen und Autobahnen zu planen, worunter insbesondere der Wuppertaler Westen und das Wohngebiet Boltenberg zu leiden haben, ein Gebiet, das seit Jahren einer unerträglichen Lärmbelastung ausgesetzt ist.

Zu einer weiteren Problemeskalation darf es nicht kommen. Ich sehe den Rat der Stadt Wuppertal in der Pflicht, das Bauvorhaben mit dem Ziel zu stoppen, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verhindern, dass der Stadtentwicklung, der Umwelt und dem Klima erneut über Jahrzehnte unrevidierbare Schäden zugefügt werden. Alternativ soll die Stadt sich für eine minimalinvasive Lösung der Verkehrsprobleme in Ronsdorf einsetzen, die tatsächlich dem Stadtbezirk zugute kommt, statt ihn noch weiter zu belasten. Ferner muss das Land in die Pflicht genommen werden, seine bislang zwar zugesagten, aber bis zum heutigen Tag nicht eingehaltenen Versprechungen, für einen adäquaten Lärmschutz entlang der L 418 zu sorgen, endlich in die Tat umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



25.04.2023

Alexander Heinemann

Der Oberbürgermeister

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

28. April 2023

1. gesehen
2. an
3.

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich, dass der Rat der Stadt Wuppertal den vorhandenen Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt. Bitte erwirken Sie sowohl beim Verkehrsministerium als auch bei der Bezirksregierung einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens. Mit meinem Antrag bzw. meiner Bitte beziehe ich mich auf den § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW.

Zur Begründung:

Straßen NRW will mit dem geplanten Ausbau der L419 eine Alternative zur A46 schaffen. Zudem soll der Stadtteil Ronsdorf verkehrlich entlastet werden.

Laut den veröffentlichten Verkehrsprognosen ist mit einer Zunahme des Verkehrs zu erwarten, die sich mehr als verdoppelt. Das im Planfeststellungsverfahren gesetzte Ziel einer Entlastung wird somit verfehlt.

In der geplanten Bauversion werden sowohl der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr benachteiligt. Und Fahrzeuge mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von unter 60 km/h werden die Ausbaustrecke nicht benutzen dürfen.

Der derzeit geplante Ausbau mit bis zu 6 Spuren ist mit einem erheblichen Flächenverbrauch verbunden. Lärmschutzwände können das Entstehen von zunehmendem Lärm und die Belastung von vermehrten Feinstaubemissionen nicht verhindern. Darüber hinaus werden sich die deutlich größeren Straßenflächen zu Hitzeinseln entwickeln. Damit diese Hitzeinseln entstehen können, werden intakte und für die Umwelt notwendige sowie wertvolle Waldflächen gerodet. Im Rahmen des Klimawandels sollte doch gerade das verhindert werden.

Mit diesem derzeit geplanten Ausbau der L419 werden Klima- und Umweltschutz ad absurdum geführt.

Erst nach dem fertiggestellten Ausbau der L419 durch Straßen NRW soll der Anschluss an die Autobahn A1 erfolgen. Die Anschlussarbeiten sollen durch den Bund erfolgen. Wann der Bund diese Arbeiten umsetzen wird ist ungewiss. Vertreter von Straßen NRW zucken bei einer entsprechenden Frage nur mit den Schultern.

Bis zu einem Anschluss an die A1 muss der zunehmende Verkehr über die mehr als 60 Jahre alte Blombachtalbrücke geführt werden. Diese Brücke verfügt über jeweils eine Fahrspur je Fahrtrichtung. In Folge dessen werden sich die Kraftfahrzeuge auf dem ausgebauten Streckenabschnitt stauen. Mit einer Entlastung hat das wohl wenig zu tun.

Die Blombachtalbrücke war für die Belastungen, die mit dem künftig erhöhten Verkehrsaufkommen verbunden sein werden, nicht geplant. Höhere Belastungen führen zu einem schnelleren Altern der Brücke. Mit einem schnelleren Altern der Brücke sind frühzeitigere Wartungs- und Reparaturarbeiten verbunden. Wenn wie angekündigt, die Blombachtalbrücke an die Stadt Wuppertal übergeben wird, werden die Kosten für diese Wartungs- und Reparaturarbeiten zusätzlich die klamme Haushaltskasse der Stadt Wuppertal belasten.

Bereits jetzt findet man in Wuppertal viele Brücken vor, die gesperrt sind oder nur eingeschränkt benutzt werden können, weil das Geld für eine zeitnahe Reparatur fehlt. Wie sollen dann künftig die Kosten für eine solch große Brücke zusätzlich gestemmt werden?

Im Interesse der Bürger*innen dürfen der Naturschutz, der Umweltschutz und der Klimaschutz nicht zu kurz kommen.

Hoffnungsvolle Grüße aus Ronsdorf.


Alexander Heinemann

An den Rat der Stadt Wuppertal

Edeltraud Evels

Johannes-Rau-Platz 1 Der Oberbürgermeister

42275 Wuppertal

03. Mai 2023

1. gesehen
2. an
- 3.

Wuppertal, . 28.04.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Da ich als entfernter Anwohner der L418, jetzt schon den Lärm der Schnellstrasse L 419 an manchen Tagen witterungsbedingt stark mitbekomme und es nach einem Ausbau noch mehr werden wird, beantrage ich hiermit, gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal, zum einen den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich zum anderen beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens stark macht.

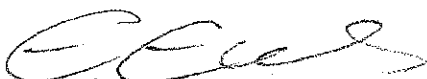
Meinen Antrag stelle ich vor dem nachstehenden Hintergrund: Der Ratsbeschluss und der damit einhergehende Ausbau der L419 entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand, Bedarf und politischem sowie gesellschaftlichen Willen. Ganz im Gegenteil: Immer mehr Menschen haben verstanden, was da auf Ronsdorf und Wuppertal insgesamt zukommt: Ein riesiges Verkehrs- und Umweltproblem samt Verschwendung von Steuergeldern. Sollte der Ausbau so wie er gerade geplant ist kommen, wird er die Lebensqualität in Ronsdorf, den Südhöhen und Wuppertal deutlich mindern.

Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss. Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist. Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren ha Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel. Durch den prognostizierten Zuwachs an Verkehr entstehen zudem erheblich mehr Lärm und Feinstaubemission.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Zum einen wird Wuppertal wieder mit unnötigen Steuergeldverschwendungen in Verbindung gebracht. Zum anderen kommen zukünftig, durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu.

Das alles sollte Grund genug sein, den Ratsbeschluss zu überdenken, aufzuheben und für eine zukunftsfähige Mobilität einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen



An den Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, 5. Mai 2023

**Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen Thema:
Ausbau L419**

Sehr geehrte Herr Schneidewind,

gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW beantrage ich hiermit, dass der Rat der Stadt Wuppertal

- einen den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt
- beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens stark macht.

Meinen Antrag stelle ich vor dem nachstehenden Hintergrund:

Der Ratsbeschluss und der damit einhergehende Ausbau der L419 entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand, Bedarf und politischem sowie gesellschaftlichen Willen.

Ganz im Gegenteil: Immer mehr Menschen haben verstanden, was da auf Ronsdorf und Wuppertal insgesamt zukommt: Ein riesiges Verkehrs- und Umweltproblem samt Verschwendung von Steuergeldern. Sollte der Ausbau so wie er gerade geplant ist kommen, wird er die Lebensqualität hier in Ronsdorf und Wuppertal deutlich mindern.

Nicht nur der RVV (Ronsdorfer Verschönerungsverein), die Bürgerinitiative „Keine Autobahn durch Ronsdorf“, die Mehrzahl der Ronsdorfer, der VCD (Verkehrsclub Deutschland), der LNU (Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW), Fridays for Future, Students for Future und viele mehr machen sich dafür stark, diesen verkehrspolitischen Wahnsinn zu stoppen.

Auch Oberbürgermeister Uwe Schneidewind hat in der WDR-Lokalzeit am 24. März 2023 – entgegen den alten Ratsbeschlüssen – seine klare Meinung geäußert: „Ich glaube, es wird die Lebensqualität gerade auf den Südhöhen sowohl in Cronenberg als auch in Ronsdorf eher noch verschlechtern. Wir holen uns ganz ganz viel überregionalen Verkehr über die Südtangente dann ins Stadtgebiet. Und das passt natürlich verkehrspolitisch überhaupt nicht mehr in die Zeit.“

Die Befürworter des Ausbaus glauben oftmals, dass durch diese Maßnahme die Verkehrsbelastung von Ronsdorf abnehmen würde - das widerspricht jedoch leider eindeutig den aktuellen Prognosen (z.B. die des VCD). Denn genau das Gegenteil würde passieren: Der Verkehr nimmt auch innerorts zu (wer Straßen sät wird Verkehr ernten!). Und der Verkehrsstau an der Staubenthaler Straße sowie an der Erbschlöer Straße steigt dann noch weiter an, da Fahrzeuge schlechter auf die Landesstraße (und zukünftige Bundesstraße) kommen.

Ein beherztes Einlenken bei der „Baustelle“ L419 ist daher mehr als überfällig und bitter nötig. Denn wir alle brauchen eine zukunftsfähige Mobilität! Diese kann aber nicht mit überholten Plänen erreicht werden. Diese Pläne entsprechen zudem nicht mehr den aktuellen Gesetzen und stehen

im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Haus

Dieter Kraus

[REDACTED]

[REDACTED]

Der Oberbürgermeister

05. Mai 2023

Absender: Edith Eigenbrodt

1. gesehen
2. an
3.

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, 25 . 04 .2023

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Thema: Ausbau L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW beantrage ich hiermit, dass der Rat der Stadt Wuppertal zum einen den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich zum anderen beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens stark macht.

Meinen Antrag stelle ich vor dem nachstehenden Hintergrund:

Der Ratsbeschluss und der damit einhergehende Ausbau der L419 entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand, Bedarf und politischem sowie gesellschaftlichen Willen. Ganz im Gegenteil: Immer mehr Menschen haben verstanden, was da auf Ronsdorf und Wuppertal insgesamt zukommt: Ein riesiges Verkehrs- und Umweltproblem samt Verschwendung von Steuergeldern. Sollte der Ausbau so wie er gerade geplant ist kommen, wird er die Lebensqualität hier in Ronsdorf und Wuppertal deutlich mindern.

Nicht nur der RVV (Ronsdorfer Verschönerungsverein), die Bürgerinitiative „Keine Autobahn durch Ronsdorf“, die Mehrzahl der Ronsdorfer, der VCD (Verkehrsclub Deutschland), der LNU (Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW), Fridays for Future, Students for Future und viele mehr machen sich dafür stark, diesen verkehrspolitischen Wahnsinn zu stoppen. Auch Oberbürgermeister Uwe Schneidewind hat in der WDR-Lokalzeit am 24. März 2023 – entgegen der alten Ratsbeschlüsse – seine klare Meinung geäußert: „Ich glaube, es wird die Lebensqualität gerade auf den Südhöhen sowohl in Cronenberg als auch in Ronsdorf eher noch verschlechtern. Wir holen uns ganz ganz viel überregionalen Verkehr über die Südtangente dann ins Stadtgebiet. Und das passt natürlich verkehrspolitisch überhaupt nicht mehr in die Zeit.“

Die Befürworter des Ausbaus glauben oftmals, dass durch diese Maßnahme die Verkehrsbelastung von Ronsdorf abnehmen würde - das widerspricht jedoch leider eindeutig den aktuellen Prognosen (z.B. die des VCD). Denn genau das Gegenteil würde passieren: Der Verkehr nimmt auch innerorts zu (wer Straßen sät wird Verkehr ernten!). Und der Verkehrsstau an der Staubenthaler Straße sowie an der Erbschlöer Straße steigt dann noch weiter an, da Fahrzeuge schlechter auf die Landesstraße (und zukünftige Bundesstraße) kommen.

Ein beherztes Einlenken bei der „Baustelle“ L419 ist daher mehr als überfällig und bitter nötig. Denn wir alle brauchen eine zukunftsfähige Mobilität! Diese kann aber nicht mit überholten Plänen erreicht werden. Diese Pläne entsprechen zudem nicht mehr den aktuellen Gesetzen und stehen im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima.

Mit freundlichen Grüßen

Der Oberbürgermeister

09. Mai 2023

Klaus Kerger

1. gesehen
2. an
- 3.

Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, 04.05.2023

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Thema: Ausbau L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens einsetzt.

Folgende Gründe sprechen für meinen Antrag:

Der Ratsbeschluss für den Ausbau der L419 fußt auf Voraussetzungen, die nach aktuellem Stand deutlich negative Auswirkungen für Ronsdorf und die Stadt Wuppertal haben.

Anstelle einer Verkehrsentslastung für Ronsdorf – die laut Straßen.NRW ein Ziel des Ausbaus ist – wird es mehr innerörtlichen Verkehr geben. Der überörtliche Kraftverkehr wird hier über alle anderen Verkehrsteilnehmenden (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger:innen, langsam fahrende Fahrzeuge) gestellt, die dadurch klar benachteiligt werden. Dies widerspricht aktuellen Gesetzen wie z. B. NRWs Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (*FaNaG*) und auch dem derzeitigen politischen sowie gesellschaftlichen Willen. Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss. Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist. Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren ha Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel. Durch den prognostizierten Zuwachs an Verkehr entstehen zudem erheblich mehr Lärm und Feinstaubemission.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Zum einen wird Wuppertal wieder mit unnötigen Steuergeldverschwendungen in Verbindung gebracht. Zum anderen kommen zukünftig, durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu.

Das alles sollte Grund genug sein, den Ratsbeschluss zu überdenken, aufzuheben und für eine zukunftsfähige Mobilität einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen



Der Oberbürgermeister

09. Mai 2023

Thomas Kerger

1. gesehen
2. an
3.

Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, 04.05.2023

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Thema: Ausbau L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens einsetzt.

Folgende Gründe sprechen für meinen Antrag:

Der Ratsbeschluss für den Ausbau der L419 fußt auf Voraussetzungen, die nach aktuellem Stand deutlich negative Auswirkungen für Ronsdorf und die Stadt Wuppertal haben.

Anstelle einer Verkehrsentlastung für Ronsdorf – die laut Straßen.NRW ein Ziel des Ausbaus ist – wird es mehr innerörtlichen Verkehr geben. Der überörtliche Kraftverkehr wird hier über alle anderen Verkehrsteilnehmenden (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger:innen, langsam fahrende Fahrzeuge) gestellt, die dadurch klar benachteiligt werden. Dies widerspricht aktuellen Gesetzen wie z. B. NRWs Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (*FaNaG*) und auch dem derzeitigen politischen sowie gesellschaftlichen Willen. Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss. Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist. Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren ha Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel. Durch den prognostizierten Zuwachs an Verkehr entstehen zudem erheblich mehr Lärm und Feinstaubemission.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Zum einen wird Wuppertal wieder mit unnötigen Steuergeldverschwendungen in Verbindung gebracht. Zum anderen kommen zukünftig, durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu.

Das alles sollte Grund genug sein, den Ratsbeschluss zu überdenken, aufzuheben und für eine zukunftsfähige Mobilität einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Oberbürgermeister

Anne Sonnenschein

09. Mai 2023

Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

1. gesehen
2. an
3.

Wuppertal, 04.05.2023

Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Thema: Ausbau L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens einsetzt.

Folgende Gründe sprechen für meinen Antrag:

Der Ratsbeschluss für den Ausbau der L419 fußt auf Voraussetzungen, die nach aktuellem Stand deutlich negative Auswirkungen für Ronsdorf und die Stadt Wuppertal haben.

Anstelle einer Verkehrsentslastung für Ronsdorf – die laut Straßen.NRW ein Ziel des Ausbaus ist – wird es mehr innerörtlichen Verkehr geben. Der überörtliche Kraftverkehr wird hier über alle anderen Verkehrsteilnehmenden (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger:innen, langsam fahrende Fahrzeuge) gestellt, die dadurch klar benachteiligt werden. Dies widerspricht aktuellen Gesetzen wie z. B. NRWs Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz (*FaNaG*) und auch dem derzeitigen politischem sowie gesellschaftlichen Willen. Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss. Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist. Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren ha Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel. Durch den prognostizierten Zuwachs an Verkehr entstehen zudem erheblich mehr Lärm und Feinstaubemission.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Zum einen wird Wuppertal wieder mit unnötigen Steuergeldverschwendungen in Verbindung gebracht. Zum anderen kommen zukünftig, durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu.

Das alles sollte Grund genug sein, den Ratsbeschluss zu überdenken, aufzuheben und für eine zukunftsfähige Mobilität einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen

